

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Fern- und Postbestellungen 1,80 RM. wöchentlich 45 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen und Postbestellungen gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Druck der Zeitung oder die Ausgabe des Bezugspreises, Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Raumeinheit 20 Pf., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 1-spaltige Raumeinheit im täglichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Tages- und Wochenblätter werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. März. Fernsprecher: Ami Wilsdruff Nr. 6. durch Generalübermittlungsanstalten. Jeder Reklamationspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Bankrott gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 76 — 92. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Ami-Blatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Donnerstag, den 30. März 1933

Die Schuldigen.

Wenn nun unter der Grenzhege des Auslandes das gesamte Judentum in Deutschland leiden muß, dann hat es dies jenen aus seinen Reihen zu verdanken, die nach dem Umsturz 1918 sich überall zur Führung der roten Parteien drängten und die Sache der marxistischen Republik zur Sache des Judentums machten. An Warnungen vor dieser Entwicklung hat es nie gefehlt; aber die Warner wurden niedergeschrien, und die Schreier waren jene, die sich heute ins sichere Ausland geflüchtet haben und ihre Glaubensgenossen in Deutschland dem Schicksal überlassen. Die Führung der marxistischen Parteien war völlig in Händen jüdischer, ehrgeiziger Rechtsanwältinnen, die für Arbeiterinteressen nicht das Geringste übrig hatten, denen die Partei nur das Mittel war, möglichst schnell politische Karriere zu machen und dabei geschäftlich voranzukommen. Man braucht dafür keine Beispiele aufzuführen, jedermann kennt sie aus eigener Erfahrung. Und das Schlimmste war, daß es vielfach nicht einmal alleingesehene Juden waren, die an diesen Stellen standen, sondern jugendwärende, höchst fragwürdige Gestalten aus dem Osten, die oft nicht einmal ein anständiges Deutsch konnten. In der Sozialdemokratischen Partei haben viele schon seit Jahren diese Entwicklung als schwere Belastung empfunden; aber die Führerhosen schienen wie Leisten zusammen und ließen sich nicht von ihren Stühlen drücken.

So mancher Arbeiter wird sich heute innerlich schämen, wenn er nun sieht, welche Leute sich als Vertreter des deutschen Arbeiters aufspielen durften. Aber nicht nur bei den marxistischen Parteien war es so, auch die sanft entschlafene Demokratische Partei war in der gleichen Lage, und wenn sie schließlich nur noch ein Anhängsel der Sozialdemokratie war, so vornehmlich wegen der fallenden Führung durch jüdische Anwälte, die sich zur Sozialdemokratie hingezogen fühlten und die Siege der Marxisten als ihre eigenen Siege feierten, solange, bis es schließlich keine Demokratie mehr gab. Viele hatten schon bald erkannt, daß von diesen Elementen eine Saat gesät wurde, die einst bittere Früchte tragen werde; aber um die Zukunft kümmerte man sich nicht, man lebte in der Gegenwart und genoss sie auf Kosten der Allgemeinheit in vollen Zügen. Selbst das Zentrum konnte sich von diesen gefährlichen Einflüssen nicht freihalten, die durch die enge Verührung mit den Marxisten Eingang fanden. So manche politische Unaufrichtigkeit, die das Zentrum heute gern ungeschehen machen möchte, ist auf diese Einflüsse zurückzuführen. Man denke nur an die üblen Beziehungen des Zentrumsministers Höfle zu dem ostjüdischen Großschleider Bar mat. Diese vielfach aus dem Osten zugewanderten Elemente, die unter dem Schutze der marxistischen Politiker an den höchsten Stellen offene Türen fanden, haben auch den Hauptteil dazu beigetragen, daß die einst sprichwörtliche Unbestechlichkeit des deutschen Beamtenums ins Wasser geraten ist. Nun ist die Saat, die diese Elemente als Vorführer in den marxistischen und demokratischen Parteien und sonst an einflussreichen Stellen gesät haben, aufgegangen, aber anders, als es sich diese Herrschaften gedacht haben, ganz anders!

Hitler über die Boykottmaßnahmen.

Reichkanzler Hitler sprach in der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Reichskabinetts über die Abwehrmaßnahmen gegen die jüdische Grenzpropaganda im Auslande. Er betonte, daß diese Abwehr organisiert werden mußte, weil die Abwehr aus dem Volke heraus von selbst gekommen wäre und sonst unerwünschte Formen angenommen hätte. Durch die Organisation der Abwehr behalte man die ganze Aktion in der Hand, und es würde verhindert werden, daß es zu Befähigungen persönlicher Art und zu Gewalttätigkeiten komme. Das Judentum müsse aber erkennen, daß ein jüdischer Krieg gegen Deutschland das Judentum in Deutschland mit voller Schärfe selbst trifft.

Auch heute lägen wieder Telegramme vor aus London, wonach platzierte Privat- und Lastfahrzeuge zum Boykott deutscher Waren aufforderten. Diese Wagen führen in großer Zahl durch die Straßen Londons, so daß das ganze Vorgehen den Eindruck mache, daß es wohlorganisiert sei. Auch aus Newyork lägen heute wieder Meldungen vor, daß die Boykottische gegen Deutschland weiterrohe und daß in Massenversammlungen und durch Radio gegen die amerikanischen Bürger deutscher Abstammung gehetzt werde.

Die Abwehraktion hat begonnen.

Aus zahlreichen Orten des ganzen Reiches laufen Meldungen ein, aus denen hervorgeht, daß die Abwehraktion, deren Beginn offiziell auf Sonnabend vormittag 10 Uhr festgesetzt ist, jetzt schon eingesetzt hat. In zahlreichen Städten ist es zur Schließung der jüdischen Geschäfte gekommen, vielfach sind

Neue Beschlüsse der Reichsregierung.

Das Aussehen des neuen Vorläufigen Reichswirtschaftsrates.

Das Reichskabinett verabschiedete am Mittwoch das Gesetz über die Abänderung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Damit wird der bisherige Vorläufige Reichswirtschaftsrat mit sofortiger Wirkung aufgelöst. An seine Stelle tritt ein neuer Vorläufiger Reichswirtschaftsrat, in den der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung bis zu höchstens 60 Mitglieder berufen wird. Die Mitglieder werden für vier Jahre einberufen. In jedem Jahre vom Ende des Jahres 1934 an scheidet ein Viertel der Mitglieder aus und kann durch neue Mitglieder ersetzt werden. Wiederberufung ist zulässig.

Das Gesetz regelt im übrigen die Bildung von Ausschüssen in neuartiger Weise. Neben den ständigen und nichtständigen Ausschüssen, die nur aus Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates bestehen können, und ausstehende Persönlichkeiten nur als Sachverständige zuziehen dürfen, können ständige oder nichtständige Sonderausschüsse im Reichswirtschaftsrat durch Verordnung des Reichspräsidenten oder Anordnung der Reichsregierung gebildet werden. In diese Sonderausschüsse können auch Persönlichkeiten mit vollem Stimmrecht berufen werden, die nicht Mitglieder des Reichswirtschaftsrates sind. Zusammenfassung, Aufgaben und Befugnisse dieser Sonderausschüsse werden jeweils durch den Reichspräsidenten oder die Reichsregierung bestimmt.

Gleichschaltung der Länder mit dem Reich.

Die Sitzung des Reichskabinetts, nachdem Reichkanzler Adolf Hitler aus München wieder nach Berlin zurückgekehrt war, zur Beratung über verschiedene Gesetzentwürfe zusammen. Zuvor hatte der Kanzler noch in einer Ministerbesprechung, in der man sich über die gesamte innere Entwicklung seit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag und auch über die Vorgänge in Braunschweig ausgesprochen hatte, erklärt, daß die Vorfälle in Braunschweig vollkommen geklärt und im beiderseitigen Einvernehmen beigelegt seien.

Dann lag der Ministerbesprechung ein Gesetzentwurf des Reichsministeriums des Innern zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vor. Dieser Gesetzentwurf sieht zunächst eine Vereinfachung der Landesgesetzgebung überhaupt vor und bestimmt weiterhin, daß die Volksvertretungen der Länder, mit Ausnahme des Preussischen Landtages, aufgelöst und neu gebildet werden, und zwar nach den Stimmverhältnissen, die sich bei der Wahl zum Reichstag am 5. März innerhalb eines jeden Landes bzw. soweit diese Stimmen auf die Wahlvorschläge entfallen, ergeben haben.

Es werden für die neu zu bildenden Landtage in den einzelnen Ländern Mandatshöchstziffern vorgegeben werden. Ferner sollen Bestimmungen getroffen werden wegen der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper. Auch hier soll der Schlüssel

auch jüdische Rechtsanwälte und Richter in Squashhaft genommen worden, da und dort auch jüdische Geschäftsleute. Besonders scharf ist das Vorgehen in den Städten des Industriegebietes und zum Teil auch in Schlesien. In Rünster z. B. sind 48 jüdische Geschäfte geschlossen worden, jüdischen Hochschullehrern wurde das Betreten der Universität verboten. In Verbindung mit der Aktion stehen die Verurteilungen von jüdischen Beamten in zahlreichen Verwaltungen, besonders der Städte. Auch in dem sehr stark jüdischen Frankfurt am Main sind zahlreiche Juden aus den Ämtern entfernt worden. Mehrere Stadtverwaltungen haben die Lieferverträge mit jüdischen Firmen gekündigt und haben an die jüdischen Stellen Anweisungen gegeben, nur bei nationalen Firmen Einkäufe abzuschließen. Zu täglichen Ausschreitungen gegen Juden ist es bisher entsprechend der strengen Anweisung der Parteiführung der NSDAP nirgends gekommen. Überall, wo es zu Geschäftsschließungen gekommen ist, hat die Polizei für Aufrechterhaltung der Ordnung gesorgt.

Der mit der Leitung des Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Grenz- und Boykotttätigkeit beauftragte Reichstagsabgeordnete Julius Streicher hat die Arbeit aufgenommen. Zum Stellvertreter berief er den Schriftleiter Karl Holz in Nürnberg. Die Kanzlei des Zentralkomitees befindet sich in München.

vom 5. März zugrunde gelegt werden, und es sollen auch hier Höchstziffern nach der Größe der Gemeinden vorgegeben werden.

Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß dieses Gesetz noch am Sonnabend in Kraft tritt. Die zuständigen Instanzen sollen schleunigst damit befaßt werden, so daß noch im Laufe des Monats April die Gleichschaltung durchgeführt werden kann.

Ferner stimmte das Kabinett der Verlängerung der Kelten-Einfuhr aus Italien bis zum 1. Mai dieses Jahres zu.

Weitere Beschlüsse des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett genehmigte ferner die nachträgliche Feststellung des Reichshaushalts für 1932 auf Grund des Ermächtigungsgesetzes sowie den Vorschlag des Reichsfinanzministers für das erste Viertel des Haushaltsjahres 1933. Die persönlichen Ausgaben bleiben hierbei die gleichen wie bisher, die sachlichen Ausgaben haben eine Kürzung erfahren. Genehmigt wurden weiterhin die Garantiermächtigungen für den Außenhandel, die Getreidebewegung und die Seefahrt sowie

die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes, das mit dem 1. April dieses Jahres außer Kraft tritt. Gleichzeitig wurde ein Gesetzentwurf über Räumungsfristen verabschiedet, der zugunsten der Mieter Härten beseitigt, die durch die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes entstehen könnten. Noch nicht abgeschlossen wurden die Beratungen über einen Gesetzentwurf betreffend Zulagen und Bezüge für die nebenamtliche Tätigkeit von Beamten. Dann wurde der vom Reichswirtschaftsminister vorgelegte Gesetzentwurf betreffend Auflösung und Neubildung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates verabschiedet. Die Beratungen über den „Gleichschaltungs“-Gesetzentwurf werden am Freitag fortgesetzt.

Zu den Beschlüssen des Reichskabinetts.

In der Sitzung des Reichskabinetts ist bekanntlich entschieden worden, daß die persönlichen Ausgaben für das erste Quartal des Haushaltsjahres 1933 die gleichen bleiben wie bisher. Aus dieser Tatsache ist zu entnehmen, daß Gehaltskürzungen nicht beabsichtigt sind. Zur Neubildung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist zu sagen, daß der Hauptmangel bei dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat darin gelegen hat, daß diese Körperschaft, die bereits im Jahre 1920 gebildet wurde, auf Grund von Vorschlägen von Adversariaten zusammengesetzt war, die entweder nicht mehr bestehen oder nur noch ein Scheinsein sein führten. Der alte Reichswirtschaftsrat war infolgedessen sehr überaltert und erneuerungsbedürftig. Bei den Neubildungen wird man naturgemäß auf die Gliederung des Reiches Rücksicht nehmen. Das Gesetz über die Räumungsfristen gewährt im Falle der Aufhebung eines Mietverhältnisses eine angemessene Räumungsfrist, die unter Umständen verlängert werden kann. Falls eine Einigung zwischen Mieter und Vermieter nicht zustandekommt, kann die Entscheidung eines Gerichtes angerufen werden. Außerdem enthält das Gesetz gewisse Schutzbestimmungen für den Vermieter.

Gegen die Grenzpropaganda im Auslande.

Bekannte Amerikaner zur Information nach Deutschland eingeladen.

Die Hamburg-Amerika-Linie hat zur Abwehr der ausländischen Grenzpropaganda u. a. auch den Präsidenten der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in Newyork, General Hermann A. Mey, in einem längeren Telegramm gebeten, sich im Interesse der deutsch-amerikanischen Beziehungen gegen die unwahren Grenzpropaganda in amerikanischen Zeitungen zu wenden. Sie stellt in dem Telegramm auch ihrerseits fest, daß alle Nachrichten über angebliche Pogrome in Deutschland reinen Fägen seien.

Am weitesten Kreise in Amerika von der Unwahrheit seit der gegen Deutschland gerichteten Propaganda zu überzeugen und der amerikanischen Öffentlichkeit ein Bild von der tatsächlichen Lage in Deutschland, die durch vollkommene Ruhe und Ordnung gekennzeichnet sei, zu vermitteln, sei die Hamburg-Amerika-Linie bereit, einige prominente amerikanische Bürger zu einer Informationsreise nach Deutschland einzuladen.